



---

Marc Henrichmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Mitglieder der CDU  
im Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II

Abonnenten des Newsletters

**Berliner Büro**

**Unter den Linden 71**

**Raum 337**

Telefon 030 227 – 79385

Fax 030 227 – 70385

E-Mail: [marc.henrichmann@bundestag.de](mailto:marc.henrichmann@bundestag.de)

15. Februar 2019

---

## **Werkstattgespräch der CDU und die Diskussion um die Grundrente**

---

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,  
liebe Abonnenten des Newsletters,

der Sonntag begann für mich mit dem Werkstattgespräch der CDU zum Thema Migration, Sicherheit und Integration. Aus dem Werkstattgespräch gehen drei Botschaften hervor:

Wir steuern und begrenzen Migration.

Wir stehen zu unseren humanitären Pflichten.

Wir haben unsere Lehren aus 2015 gezogen.

---

Über zwei Tage debattierten wir im Konrad Adenauer Haus mit den Praktikern die aktuellen Fragen zur Migrations- und Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa. Dieses Gesprächsformat ist Ausdruck der neuen Debattenkultur innerhalb der CDU unter unserer neuen Parteivorsitzenden.



---

## Werkstattgespräch Migration, Sicherheit und Integration

Die zentralen Ergebnisse:

Für uns ist klar: Europa bietet Asylbewerbern Schutz. Allerdings dürfen sich Asylbewerber das Land, das ihnen die nötige Hilfe gewährt, nicht aussuchen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es auf europäischer Ebene zukünftig nur noch ein Verfahren für einen Asylbewerber geben wird. Außerdem sollen die Standards im Asylverfahren in Europa angeglichen werden.

Das „C“ in unserem Parteinamen verpflichtet uns zu humanitärer Hilfe. Dabei sind unsere Möglichkeiten aber endlich. Abgelehnte Asylbewerber müssen deshalb konsequent rückgeführt werden. Niemand darf unserem Rechtsstaat auf der Nase herumtanzen. Um die Kommunen zu entlasten, sollen Aufenthalt und Rückführung zukünftig ausschließlich Sache von Bund und Ländern sein. Es sollen nur noch jene Flüchtlinge auf die Kommunen verteilt werden, die eine gute Bleibeperspektive haben. Die Integration findet dann in den Kommunen statt.

Apropos Integration: Neben Sprache und Arbeitsmarkt ist für uns das Bekenntnis zu unseren Werten der Schlüssel zur geglückten Integration. Wer diese Werte mit Füßen tritt, Gewalt gegen Polizisten verübt, gegen die sexuelle Selbstbestimmung verstößt oder wegen einer Vorsatztat zu einer Strafe von 90 Tagessätzen verurteilt wurde, der muss ausgewiesen werden. Ich freue mich, dass unser Antrag auf dem Parteitag in Hamburg den Weg in die Ergebnisse unseres Werkstattgespräches gefunden hat.

Diese Ergebnisse wurden im Rahmen einer aktuellen Stunde im Bundestag diskutiert. Die Debatte können Sie auf der [Homepage des Deutschen Bundestages](#) nachverfolgen. Die Union steht geschlossen hinter diesen Vorschlägen. Nun gilt es, die Ideen in konkretes Regierungshandeln und Gesetze umzusetzen. Dabei müssen dicke Bretter gebohrt werden. Wir müssen die guten Ideen zur Ordnung und Begrenzung der Migration gegen Ideologen, Weltverbesserer und Schwarzmaler durchsetzen. Das wird schwer genug.



## **SPD-Klausur zur Reform des Sozialstaats**

Während es uns in der Union darum geht, geschlossen und optimistisch die Zukunft im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten, befasst sich die SPD mit sich selbst. Mit ihren Plänen zum Umbau des Sozialstaates betreibt sie Vergangenheitsbewältigung, mit der Abkehr vom bewährten Hartz IV-System beabsichtigt sie, das Prinzip des Forderns und Förderns aufzugeben. Anstatt Arbeitslose zu alimentieren, sollten wir alles daran setzen, dass sie schnell wieder in Arbeit kommen. Wir täten gut daran, unsere Politik an diejenigen auszurichten, die jeden Morgen aufstehen, Steuern zahlen und damit diesen Staat tragen. Ich bin davon überzeugt, dass wir in einem modernen Sozialstaat auch Sanktionsmöglichkeiten brauchen.

Gleichwohl freue ich mich auf die Diskussion mit der SPD zur Zukunft des Sozialstaates. Trotz einer hervorragenden Lage am Arbeitsmarkt gibt es nach wie vor viel zu tun. Der Grundton, mit der die SPD die Debatte führen will, gefällt mir allerdings nicht. Vor dem Hintergrund der Digitalisierung und der Globalisierung sollten wir über die Zukunft des Arbeitsmarktes diskutieren. Statt über Umverteilung und eine soziale Hängematte zu reden, sollten wir Schritte einleiten, damit die Menschen weiterhin gute Rahmenbedingungen für gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze vorfinden.

Im Koalitionsvertrag haben sich CDU/CSU und SPD auf die Einführung einer Grundrente verständigt: „Die Lebensleistung von Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt haben, soll honoriert und ihnen ein regelmäßiges Alterseinkommen zehn Prozent oberhalb des Grundsicherungsbedarfs zugesichert werden. Die Grundrente gilt für bestehende und zukünftige Grundsicherungsbezieher, die 35 Jahre an Beitragszeiten oder Zeiten der Kindererziehung bzw. Pflegezeiten aufweisen. Voraussetzung für den Bezug der Grundrente ist eine Bedürftigkeitsprüfung entsprechend der Grundsicherung. Die Abwicklung der Grundrente erfolgt durch die Rentenversicherung. Bei der



Bedürftigkeitsprüfung arbeitet die Rentenversicherung mit den Grundsicherungsämtern zusammen“.

Als CDU/CSU fühlen wir uns an den Koalitionsvertrag gebunden. Das scheint für Teile der SPD nicht zu gelten. Anders kann ich mir die Vorschläge von Hubertus Heil nicht erklären. Die SPD-Rentenpläne gehen über das im Koalitionsvertrag vereinbarte hinaus, sind nicht finanzierbar und verteilen Gelder mit der Gießkanne. Im Ziel sind sich Union und SPD einig: Wir wollen Menschen unterstützen, die lange gearbeitet haben. Streit gibt es nur um den Weg. Als Union sind wir für maßgeschneiderte Hilfen. Ich will nicht, dass ein reicher Ehepartner oder ein wohlhabender Erbe, der neben der gesetzlichen Rente weitere Einnahmen bezieht, vom Steuerzahler alimentiert wird. Das kann ich niemanden erklären. Eine steuerfinanzierte Rente ohne Bedürftigkeitsprüfung öffnet missbräuchlicher Mitnahme Tür und Tor. [Im Newsletter der CDU-Landesgruppe](#) finden Sie dazu weitere Hintergründe.

Auch im Bereich Datenschutz geht die Arbeit voran. Am Donnerstag wurde ich vom Bundestag in den Beirat der Stiftung Datenschutz gewählt. Die Stiftung fördert den Schutz der Privatsphäre und dient als Schnittstelle zwischen Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Forschung. Ihr Ziel ist eine praxismgerechte und wirksame Datenpolitik.

Sollten Sie Fragen oder Anmerkungen zu den Themen dieser BerInfo oder zur meiner Politik haben, können Sie sich jederzeit an mich wenden: [marc.henrichmann@bundestag.de](mailto:marc.henrichmann@bundestag.de).

In der kommenden Woche werde ich wieder in Berlin sein. Danach geht es für zwei Wochen in den Wahlkreis.

Viele Grüße aus Berlin